

herigen Verkaufszeiten gebilligt, und die Vertreter des Köpenicker staatlichen Handels versprachen, das sofort einzuleiten. Es mußte in der Beratung jedoch der Eindruck entstehen, daß sie aus den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED, gerade den Arbeiterinnen und Arbeitern in den Industriebetrieben die besten Waren zu liefern und eine gute und schnelle Bedienung zu sichern, offensichtlich noch nicht viel gelernt haben.

In einem der wichtigsten Industriebezirke Berlins darf man doch nicht die Kräfte zersplittern, sondern muß sich vom Handel aus besonders auf die wichtigen Betriebe orientieren. Die Arbeiterinnen hatten von den Vertretern des Handels in Berlin-Köpenick ein anderes Auftreten erwartet, zumal sie mit Recht im Handel einen wichtigen Teil der Volkswirtschaft unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates sehen. Wie gesagt, bei den Vertretern des Handels war nur wenig Bereitschaft zu spüren, wirksam etwas zu ändern, obschon die Arbeiterinnen mit kritischen Hinweisen und sachlich durchdachten Vorschlägen nicht sparten. Selbstverständlich haben die Arbeiterinnen des Werkes für Fernmeldewesen nicht nur an die bereits erwähnten Minimalaufgaben des Handels gedacht, sondern auch ihre Wünsche für das kommende Jahr zum Ausdruck gebracht. Einer dieser Wünsche lautete: großzügigere Einkaufsmöglichkeiten, ähnlich wie im Buna oder für das Elektro-Apparate-Werk „J. W. Stalin“. Sollte so etwks in Köpenick nicht möglich sein? Bestimmt würden die Arbeiter dieser Betriebe gerne dabei helfen.

Sicher werden in Zukunft noch mehrere Beratungen der Frauenausschüsse und gewerkschaftlichen Kommissionen für Arbeiterversorgung mit Vertretern des Handels erfolgen. Worauf kommt es in erster Linie an? Besonders die Genossen im Handel sollten erkennen, daß es entscheidend von ihnen mit abhängt, Bedingungen zu schaffen, die den Frauen die aktive Teilnahme auch am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die berufstätigen Frauen machen einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse aus. Das darf nicht vergessen werden. Auch unsere Betriebsparteiorganisationen lassen das oftmals außer acht. In einem Betrieb, wie dem Werk für Fernmeldewesen, mit einer überwiegend weiblichen Belegschaft, sollte sich die Betriebsparteiorganisation sehr genau mit den Sorgen der Frauen beschäftigen. Sie muß wissen, worin diese Sorgen bestehen und was die Frauen in ihrer gesellschaftlichen und fachlichen Entwicklung hemmt. Die Parteileitung des Werkes für Fernmeldewesen hatte sich bisher noch nicht ausreichend Gedanken darüber gemacht, weshalb die im vergangenen Jahr vom Frauenausschuß veranstaltete gute Vortragsreihe inzwischen wieder sang- und klanglos beendet worden ist. Genosse Höfs, Sekretär der Betriebsparteiorganisation, empfand auch die Hinweise des Frauenausschusses in bezug auf den Einkauf anscheinend als etwas belanglos; er meinte, daß sich der Frauenausschuß mit politischen Themen beschäftigen sollte, er erkennt nicht, daß die Entlastung der Frauen von ihren Sorgen um den Haushalt notwendig für eine aktive Teilnahme der Frauen am politischen Leben ist.

Dabei nimmt es nicht wunder, daß an der Beratung am 12. Juli 1956 außer der Leiterin des Frauenausschusses, Genossin Erna Kadow (sie ist Mitglied der Betriebsparteileitung), kein weiteres Mitglied der Parteileitung und kein Vertreter der Werkleitung teilnahmen. Wenn auch zur selben Zeit ein Minister im Werk weilte, so war das noch lange kein Grund, den Sorgen und Nöten der Arbeiterinnen keine Bedeutung beizumessen. Ein weiterer Vertreter der Parteileitung und ein Vertreter der Betriebsleitung wären unseres Erachtens ohne weiteres abkömmlich gewesen.